

An den
Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld
Pit Clausen
im Hause

5. Juni 2019

Beschlussvorschlag zu TOP 5 „Grundsteuerreform auf den Weg bringen!“ der Ratssitzung vom 6. Juni 2019

1. Der Rat der Stadt Bielefeld schließt sich dem Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetags vom 2. 4. 2019 an und fordert Bund und Länder auf, die Reform der Grundsteuer unverzüglich zu beschließen.
2. Der Rat betrachtet mit großer Sorge, dass Bund und Länder auch 6 Monate vor Fristablauf noch immer kein Gesetzgebungsverfahren zur Reform der Grundsteuer eingeleitet haben.
3. Er begrüßt die am 1. Februar und 14. März 2019 mehrheitlich vereinbarten Eckpunkte der Finanzministerinnen und Finanzminister von Bund und Ländern für ein wertorientiertes Grundsteuer-Modell.
4. Der Rat der Stadt fordert den Bund auf, umgehend einen Gesetzesentwurf auf der mit den Ländern vereinbarten Reform-Eckpunkte vorzulegen. Offen gebliebene Diskussionspunkte müssen im laufenden Gesetzgebungsverfahren geklärt werden, um ein fristgerechtes Inkrafttreten eines Grundsteuerreform-Gesetzes nicht zu gefährden.
5. Der Rat der Stadt appelliert an die Regierungsfractionen im Bund und an die Länder, den angelaufenen Reformprozess mit aller Kraft zu unterstützen.
6. Die Verantwortung für eine fristgerechte Reform der Grundsteuer liegt allein bei Bund und Ländern. Daher müssen Bund und Länder vollumfänglich für alle gemeindlichen Steuerausfälle einstehen, die durch weitere Verzögerungen im Gesetzgebungsverfahren entstehen.
7. Sollte es nicht gelingen, die Grundsteuerreform bis zum Jahresende zu verabschieden, fallen bundesweit Grundsteuereinnahmen in Höhe von rund 14,8 Milliarden Euro jährlich weg, die vollständig den Kommunen zustehen. In Bielefeld sind dies rund 70 Millionen Euro im Jahr. Dieses Volumen muss auch in Zukunft gesichert sein.

8. Zugleich stellt der Rat klar, dass die Grundsteuerreform in Bielefeld aufkommensneutral umgesetzt werden soll.

Begründung erfolgt mündlich!

Georg Fortmeier,
SPD-Fraktion

Jens Julkowski-Keppler,
Bündnis 90/Die Grünen

Barbara Schmidt,
Fraktion Die LINKE

Michael Gugat,
Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten